

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 244.

Dresden, Donnerstag den 21. Oktober 1909.

20. Jahrg.

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringertosen monatlich 80 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Zwingerstraße 21, II. Telefon 3455.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769.  
**Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeitspalt mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

**Wie geben zur Uebermittlung der Wahlergebnisse und zur Agitation für unsere Zeitung ein Sonder-Blatt der Dresdner Volkszeitung, das am Freitag früh von Uhr an durch unsere Parteigenossen zur Verbreitung gelangt.**

## Die Landarbeiterfrage.

Die Entwicklung der Landarbeiterverhältnisse in Deutschland vollzieht sich immer noch und sogar mehr und mehr in der Richtung, daß die einheimischen Arbeiter der Landwirtschaft ihren schlechten Löhnen und der Gefährdung durch die Landflucht hielt auch in dieser Zeit unverändert an. Die wirtschaftliche Krisis hat diese Entwicklung keineswegs unterbrochen, er ist etwa gar eine andere Richtung gegeben, im Gegenteil die Landflucht hielt auch in dieser Zeit unverändert an. Erklärung hierfür ist allerdings nicht schwer zu finden, man sieht aus den Jahresberichten der deutschen Landwirtschaftlichen Körperschaften für das Jahr 1908/09, daß die Grundbesitzer die industrielle Krisis eben- so zum Anlaß benutzten, die Landarbeiter Löhne herabzudrücken. Diese Lohnsenkung veranlaßte auch ausländische Arbeiter, keine Arbeit anzunehmen und nach ihrer Heimat zurückzukehren. So besagt der Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, daß trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Depression und trotzdem seitens der städtischen Behörden anderer zuständigen Stellen Warnungen vor dem Zustande nach den großen Städten und dem Westen erlassen worden, ein weiterer Abzug städtischer Arbeiter und Arbeiterinnen vom Lande stattgefunden habe. Das Angebot ausländischer Arbeiter sei dagegen ein sehr großes gewesen und ein noch nie beobachtetes Bild vorgeboten. Durch die wirtschaftliche Depression in Amerika habe von dort aus anders nach Ungarn und Galizien ein nach Süd- und Südwesten gehender Rückstrom stattgefunden. In den letzten Grenzbezirken war ferner infolge einer Missernte Hungersnot eingetreten und da außerdem inwärtigen auch einheimische Industrie von der Krisis erfaßt worden war keine Arbeiter aufnehmen konnte, so war der Abzug ausländischer Arbeiter zur Landwirtschaft ein ganz außerordentliches. Dies war für die ostpreussischen Zonen eine Gelegenheit, die Löhne noch mehr herabzudrücken — was der Krise ein durch die ungünstige allgemeine wirtschaftliche Lage noch mehr verschärft. Der Abzug der Arbeiter ist also die Folge war, daß viele ausländische Arbeiter trotz der hohen Not darauf verzichteten, für solche Hungerslöhne zu arbeiten.

Über ein ständiges Anhalten der Landflucht meldet der Jahresbericht der Landwirtschaftskammer in Pommern. Nach wie vor werde darüber gesagt, daß der Abzug der ledigen jungen Leute, besonders der Mädchen, vom Lande zunahm. Im ganzen sei es auch im Berichtsjahre ein wenig freudliches Bild, das die landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse darboten, und wenn wieder ein wirtschaftlicher Aufschwung eintrete, werde die Landflucht noch größer werden. In Posen stand großer Mangel an ledigen Knaben und Mädchen, das selbe Bild bot die Provinz Sachsen. In Westfalen waren die Arbeiterverhältnisse „nicht günstiger“ geworden, indem der Beschäftigungsgrad in der Industrie ein noch verhältnismäßig geringer war. Die Mädchen wollten nicht mehr arbeiten und auch keine Feldarbeit mehr verrichten. In Schleswig-Holstein ist der Mangel an Knaben und namentlich an Mädchen „gleich dringender“ geblieben wie in den Vorjahren. In der Provinz Hannover hat der Niedergang der Industrie den landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt günstiger gestaltet und die Folge war — wie der Jahresbericht der Landwirtschaftskammer mitteilt — daß nicht nur der „seit einigen Jahren beliebten Lohnsenkungen“ Einhalt getan worden sei, sondern sogar Lohnsenkungen eingetreten seien! Im Regierungsbezirk Cassel waren im Jahre 1908/09 deutsche Dienstboten gar nicht zu haben. Der Jahresbericht des Preussischen Landwirtschaftsrats für 1908/09 sagt, die Arbeiter- und Dienstbotenfrage werde für größere und mittlere Güter immer mehr zur Katastrophe. Im Jahresbericht des Landwirtschaftlichen Kreisvereins im Vogtland heißt es, der Mangel an Arbeitern nehme ständig zu. Am der Umgegend von Krimmitschau habe z. B. die Zahl der gehaltenen Mädchen sich um 75 Prozent vermindert!

Die Landflucht hat also in fast allen Teilen Deutschlands ungehalten oder jedenfalls lehmten es die Arbeiter auf dem Lande auch während der industriellen Krisis weiter ab, unter erbärmlichen Bedingungen zu arbeiten, die in der Landwirtschaft geübt werden und, wie wir sahen, im Hinblick auf die herrschende Arbeitslosigkeit von den Gutsherrn im letzten Jahre noch verschlechtert worden sind.

Veruche sind im letzten Jahre auch gemacht worden, städtische Arbeitslose in der Landwirtschaft zu be-

schäftigen, aber was jeder Kenner der Verhältnisse voraussetzte ist eingetroffen: die städtischen Arbeiter sind zu den landwirtschaftlichen Arbeiten gar nicht zu gebrauchen! Im Bericht für Westpreußen heißt es, es seien häufig Wünsche laut geworden auf Arbeiter, die in den Städten frei wären, „doch ermunte uns die Qualität solcher Leute nicht zu lebhafter Empfehlung“. In der Provinz Brandenburg bewirkte die Krisis — so erzählt der Jahresbericht — einen großen Andrang Arbeitsloser, die bereit waren, der Großstadt den Rücken zu kehren und sich der Landwirtschaft zuzuwenden. Aber die städtischen Arbeitslosen, die in großen Massen um Arbeit antraten, jedoch noch nie auf dem Lande tätig gewesen waren, wurden kurzerhand abgewiesen, „weil sie für Landarbeit völlig untauglich erschienen“, nur ein Teil wurde angenommen, von dem man erwartete, daß er sich an die Landarbeit gewöhnen werde. Der Jahresbericht für die Provinz Posen sagt, der Landwirtschaft werde aus dem Angebot früherer Industriearbeiter kein nennenswerter Vorteil erwachsen. Meistens sei es den Leuten nur darum zu tun, sich ein vorläufiges Unterkommen zu verschaffen, um bei der ersten besten Gelegenheit die landwirtschaftliche Beschäftigung wieder gegen industrielle Arbeit einzutauschen. Mehrere Versuche, arbeitslosen städtischen Arbeitern Arbeit und Verdienst zu verschaffen, haben nicht den erhofften Erfolg gehabt. In einem Falle waren mehrere Gruppen von städtischen Arbeitern (meistens Bauhandwerker) zu Waldarbeitern angenommen worden. Ein Teil der Leute stieg jedoch gleich nach der Abfahrt von Posen auf der nächsten Bahnstation wieder aus, der Rest verließ die Arbeitsstelle schon nach einigen Tagen und kehrte nach Posen zurück, angeblich weil die Arbeit zu schwer und der Akkordverdienst zu gering gewesen sei. Von einer zweiten zu Waldarbeitern angenommenen Gruppe städtischer Arbeitsloser verließ auch nur ein geringer Teil kurze Zeit auf der Arbeitsstelle.

Daraus geht klar hervor, daß und warum die städtischen Arbeiter nicht auf das Land verpflanzt werden können. Wenn schon die in der Landwirtschaft aufgewachsenen Arbeiter nicht mehr zu den gebotenen Bedingungen arbeiten können, wie will man da von den städtischen Arbeitern, die mit der landwirtschaftlichen Arbeit nicht vertraut sind, die auch ganz andere Lebensbedürfnisse haben, erwarten, daß sie sich in die Sklaveneristenz auf dem Lande schiden? Die gleichen Erfahrungen wie in Westpreußen, Brandenburg und Posen wurden auch in den anderen Provinzen gemacht. Und die Frage der Rückwanderung städtischer Arbeiter auf das Land ist damit erledigt, wenigstens so lange, wie die jetzigen Arbeitsverhältnisse auf dem Lande bestehen.

Die Agrarier verlassen sich nun ganz auf die Zuwanderung ausländischer Arbeiter. Fast eine halbe Million ausländischer Arbeiter wird bereits in Deutschland beschäftigt, in Preußen waren es 309 000 im Jahre 1908. Aber auch selbst diese, aus kulturell tiefer stehenden Ländern eingewanderten Arbeiter rebellieren gegen die Behandlung und Bezahlung und die Kontraktbrüche haben im Jahre 1908 trotz des Legitimationszwanges wieder bedeutend zugenommen. In Ostpreußen stiegen die bei der Polizei zur Anzeige gelangten Kontraktbrüche von 5712 im Jahre 1907 auf 5826 im Jahre 1908; in Brandenburg von 1186 im Jahre 1906 auf 2308 im Jahre 1908. Und so überall! Der Legitimationszwang hat sich bereits als völlig wirkungslos erwiesen! Denn die Arbeiter aus Rußland, Ungarn, Galizien sollen, so erzählt ein Bericht, mehrere Legitimationspapiere besitzen und deshalb sich leicht der Verfolgung entziehen können. Die Polizei leistet zwar den Agrariern den Viehschutz, die Vertragsbrecher wie entlaufene Sklaven abzufangen und dem Sklavenshaller wieder zuzuführen. So erzählt der Bericht aus Pommern: „Mit Hilfe der vom Herrn Polizeipräsidenten in händelwörter Weise zu diesem Zwecke auf dem Hauptbahnhof in Stettin stationierten Kriminalpolizei gelang es in neun Fällen, Vertragsbrecher zurückzuführen“. Dazu ist die Polizei gar nicht berechtigt. Aber da Sklavenarbeit bekanntlich die teuerste und schlechteste ist, weil mit Unwillen gearbeitet wird, so haben die Landwirte von diesen Zwangsmassregeln selbst wenig Vorteil.

Neuerdings versuchen nun Agrarier, die Akkordarbeit in der Landwirtschaft einzuführen, die bis jetzt überall fehlgeschlagen ist. Wenn ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzt, wird der Rest der deutschen Landarbeiter den agrarischen Gesilden entfliehen und Polen, Russen, Galizier und Ungarn bedecken die Gutshöfe und Bauernhöfe. Man wird nun auch verstehen, warum die Agrarier den Sprachenparagrafen im Vereinsgesetz haben wollten! Daß die deutsche Landwirtschaft mit diesen geistig meistens sehr rückständigen Arbeitern leistungsfähiger werde, ist nicht zu erwarten. Die Verhältnisse werden sich aber erst ändern, wenn die Gesindeordnungen aufgehoben und die landwirtschaftlichen Arbeiter rechtlich und sozial den Industriearbeitern gleichgestellt sein werden. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind jetzt so hoch, daß sich die niederen Löhne und die lange Arbeitszeit durch nichts mehr rechtfertigen lassen. Da die Agrarier von selbst nicht dazu kommen, so werden sie einmal durch Organisierung der Landarbeiter dazu gezwungen werden müssen. Das ist infolge der ständigen Zuwanderung zunächst noch schwer, aber kommen wird sie einmal — dann und nicht vorher, wird die „Landarbeiterfrage“ im modernen Sinne gelöst werden.

## Deutsches Reich.

### Die Landtagswahl in Baden.

In demselben Maße wie hier in Sachsen finden die Landtagswahlen auch in Baden statt. Dort finden die Wahlen zum zweiten Male unter einem Wahlrecht statt, das dem Reichstagswahlrecht nahesteht, das insbesondere ein gleiches Wahlrecht ist. Auch diese Wahlen in Baden und ihr Ausfall sind natürlich von größtem Interesse für die gesamte Reichspolitik. Der Führer des badischen Zentrums, der Geistliche Rat Wacker, prophezeit soeben noch in einem Artikel im katholischen Volksboten eine erhebliche Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen. Er dürfte recht haben. Hat in die gesamte Wahlbewegung doch die Erledigung der Reichsfinanzreform durch das Zentrum stark hineingepielt. Dazu kommt die ständig steigende Arbeitslosigkeit in den Tabakdörfern des badischen Unterlandes, die natürlich bei den Betroffenen keine patriotischen Gefühle auslöst. Bei der letzten Wahl von 1905 erhielt die sozialdemokratische Partei Badens 50 431 oder 17 Prozent der abgegebenen Stimmen, das Zentrum 125 453 = 42 Prozent, die vereinigten Nationalliberalen, Freikämmlingen und Demokraten (Volkspartei) 105 429 = 35,8 Prozent, Konservativen und Bündler 11 146 = 2,8 Prozent. Die 73 Mandate der zweiten Kammer verteilten sich in der abgelaufenen Legislaturperiode wie folgt: 28 Zentrumsleute, 23 Nationalliberale, 12 Sozialdemokraten, 5 Demokraten, 3 Konservativen, 1 Freikämmliger und 1 Bündler.

Das Zentrum holt nun entscheidenden Schläge gegen die Nationalliberalen bzw. den Block aus und sucht mit den Konservativen und Bündlern die Mehrheit zu bekommen. Deswegen unterstützt es in 14 Wahlkreisen, in welchen es aus eigener Kraft nichts erreichen kann, gleich im ersten Wahlgange die konservativen Kandidaturen. Damit wird, so begründet Wacker seine Taktik, der Block geschwächt und, wenn auch nur indirekt, das Zentrum gestärkt. Man streift eine konservativ-liberale Mehrheit an, damit künftig nicht mehr die Sozialdemokratie das Zünglein an der Waage zwischen dem Zentrum und dem liberalen Block bilden kann. Das Zentrum hat es auf die Schule abgesehen — in Baden besteht die Simultanschule, die den Merkmalen ein Dorn im Auge ist —, und Wacker hat in einer Wahlversammlung dieser Lage selbst erklärt: Mit der Linken hat das Zentrum das gleiche und gemeinsame Kandidatwahlrecht erobert, mit der Rechten müsse es jetzt die Schulfragen regeln. Die das Zentrum dieses „Regeln“ unter dem Bestande der Konservativen und Landwirtebündler aufweist, braucht nicht erst gesagt zu werden.

In dem jetzigen Wahlkampf hat sich nur die Sozialdemokratie in Bezug auf Müßigkeit und Intensität der Agitation dem Zentrum gewachsen gezeigt; unsere Flugblattverkäufer mußten in den weit voneinander gelegenen Schenke- und Waldhöfen mandmal Logestouren von zehn bis zwölf Stunden machen. Die Liberalen dagegen haben es bei großen Nebenarbeiten bewenden lassen und Versammlungen nur wenig abgehalten. Der 21. Oktober wird hoffentlich im Reichstagen Anknüpfung der sozialdemokratischen Stimmen stehen; gespannt wird man vor allem darauf sein, wie dem badischen Zentrum die Reichsfinanzreform „bekommen“ wird.

### Sein 4-Millionen-Unterstützungsfonds der Tabakarbeiter.

Große Aufregung herrscht unter den Tabakarbeitern in Westfalen über die Art der Berechnung der Unterstützungen und der Auszahlungen. Der neue Zollkontrolleur in Münster kam am 16. Oktober zur Firma Schröder u. Donay in Minden, um die durchschnittliche Arbeiterzahl, die die Firma vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 beschäftigt hatte, festzustellen. Die Zahl betrug 101. Am 15. August beschäftigte die Firma aber 130 Arbeiter. Nach dieser Feststellung erklärte der Zollbeamte: daß die Arbeiter keine Staatsunterstützung erhalten könnten. Wer solche erhalten habe, müsse sie zurückzahlen! Infolge dieser Auslegung der Bestimmungen werden fast alle Arbeiter, die schon über vier Wochen feierten, nichts erhalten.

Um den Tage Lohn festzustellen, heißt die Zollbehörde den Wochenlohn durch sieben, statt durch sechs, Man sollte das zwar nicht für möglich halten, aber es wird überall so verfahren. Den Tabakarbeitern der Firma Gese in Blypsstadt, die arbeitslos sind, ist die Staatsunterstützung entzogen worden. Auf Anfrage wurde den Arbeitern der mündliche Bescheid: die Staatsunterstützung wäre entzogen, weil Gese in der Korrekturenankunft zu Venninghausen arbeiten lasse! Die Arbeiter gehören alle bis auf einen dem christlichen Tabakarbeiterverband an. Sie können sich nun bei ihren Führern für die Der Giesberts bedanken.

Der infolge der Tabaksteuererhöhung eintretende Arbeitsmangel hat übrigens zu weiteren Arbeiterentlassungen geführt.

### Kerze und Reichsversicherungsordnung.

Der Reichsverband deutscher Kerze hat jetzt ebenfalls eine Denkschrift zu dem Entwurfe des Reichsversicherungs-gesetzes erscheinen lassen. Die Forderungen, die darin gestellt